

# CVP sagt deutlich Nein zur SVP-Initiative

**NIDWALDEN** Die CVP will nichts wissen von der Fremdspracheninitiative der SVP. Die Sprachenfrage rufe nach einer Koordination zwischen den Kantonen.

Das Resultat am Donnerstagabend war deutlich. Mit 52 Stimmen beschlossen die Delegierten der CVP Nidwalden die Nein-Parole zur kantonalen Fremdspracheninitiative. Dem stand eine Enthaltung gegenüber. Armin Odermatt, SVP, aus Büren präsentierte der Versammlung im Gemeindefaal Ennetbürgen die Sicht seiner Partei. Er zeigte die Geschichte des Fremdsprachenunterrichts auf der Primarstufe in Nidwalden auf und wies darauf hin, dass auch in zahlreichen anderen Kantonen Bestrebungen in Richtung nur eine Fremdsprache gingen. Die Primarschule sei überladen mit zwei Fremdsprachen, die Fähigkeiten in Deutsch und Mathematik – für ihn ein wichtiges Fundament – würden leiden. Die Nidwaldner Bevölkerung solle vor der geplanten Einführung des Lehrplans 21 Gelegenheit haben, zu dieser Frage Stellung nehmen zu können.



**«Welche Sprache zu welchem Zeitpunkt unterrichtet werden soll, ist nicht geklärt.»**

HANS-PETER ZIMMERMANN, LANDRAT CVP, STANS

frage mit den Zentralschweizer Kantonen oder mit allen Deutschschweizer Kantonen zu koordinieren. Wichtig sei dabei auch, dass die Lehrpersonen und die Schulverantwortlichen in den Gemeinden einbezogen würden.

## Klares Ja zur CVP-Initiative

Ein Heimspiel hatte der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas. Er stellte die parteieigene Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» vor. Es könne nicht sein, dass Familien bei den Steuern in eine höhere Progression gerieten, nur weil sie die entsprechenden Zulagen erhalten würden. Wenn man schon Unternehmen steuerlich entlaste, solle man auch etwas für die Familie tun. Die CVP-Delegierten beschlossen mit 52 Ja und einer Enthaltung die Ja-Parole.

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» würde untere und mittlere Einkommen stärker belasten, sagte der Hergiswiler CVP-Landrat Martin Blättler. Er referierte über das Volksbegehren der Grünliberalen, das die Mehrwertsteuer abschaffen und durch eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern ersetzen will. Zudem beinhaltet die

Initiative einen Konstruktionsfehler. Denn je energieeffizienter und ökologischer sich die Bevölkerung verhalte, umso höher müsse die Steuer werden. Die Nein-Parole war mit 53 Stimmen eine klare Sache.

## Chancen für Ständerat intakt

Zum Schluss der Versammlung ging Kantonalpräsidentin Therese Rotzer auch noch auf ihre Kandidatur für den Ständerat ein. Sie habe sich dazu entschlossen, nachdem sie zur Überzeugung gelangt sei, dass sie die notwendigen Voraussetzungen für dieses Amt erfülle. Die Chancen für die Verteidigung des Sitzes seien durchaus intakt, sagte sie. «Der Erfolg hängt aber nicht nur von mir, sondern von der ganzen CVP ab.» Es brauche den Einsatz der ganzen Partei. Die CVP entscheidet am 24. April über Rotzers Nomination.

MARTIN UEBELHART  
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch

## Leserbrief

# Die Bildungspolitik muss koordiniert sein

**Zur Abstimmung über die Fremdspracheninitiative vom 8. März**

Diese Initiative hat das Ziel, dass in Nidwalden an der Primarschule künftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden soll, bevorzugt wird Englisch. Im Gegenzug sollen Deutsch und Mathematik gestärkt werden.

Es ist eine Tatsache, dass sich viele Betriebe wohl zu Recht beklagen, dass unsere Schulabgänger in Deutsch und Rechnen nicht genügen und dadurch im Beruf und wohl auch im späteren Leben Probleme haben. Diese Meldungen aus der Wirtschaft sind ernst zu nehmen, und ich bin dem Regierungsrat dankbar, dass er «den Finger auf die Wunde gelegt hat» und das bekannte Problem nun auf dem Tisch liegt.

Die Diskussionen zum Thema «Fremdsprachen in der Primarschule» haben sich innerhalb und ausserhalb der Zentralschweiz in den letzten Monaten intensiviert, und das ist gut so. Die nun geführten Debatten sind wertvoll, aber oft auch mit starken Emotionen verbunden. Da wir alle einmal zur Schule gegangen sind, sind wir natürlich auch alle «Spezialisten».

Persönlich unterstütze ich die «Stossrichtung», aber nicht den vorgeschlagenen Weg. Es darf doch nicht sein, dass der Kanton Nidwalden in dieser Frage einen Extrazug fährt und unsere Schulkinder, zum Beispiel bei einem Kantons-

wechsel und so weiter, benachteiligt sind. Was es nun braucht, sind weniger emotional gefärbte Behauptungen und dafür Fakten, das heisst vertiefte Erkenntnisse zum Problem.

In allen Zentralschweizer Kantonen ausser Uri wird seit den 1990er-Jahren ab der 5. Primarklasse Französisch und seit 2007 ab der 3. Primarklasse Englisch unterrichtet. Eine Studie zur Auswirkung des Französisch- und des Englischunterrichts ist im Moment am Laufen. Durchgeführt wird sie durch das Institut für Mehrsprachigkeit der Universität und Pädagogischen Hochschule Freiburg. In Auftrag gegeben haben es die sechs Zentralschweizer Bildungsdirektoren, das heisst auch derjenige des Kantons Nidwalden.

Der Bericht zur Studie wird demnächst erwartet. Ich bin der Meinung, dass Änderungen am heutigen Fremdsprachenmodell nur gestützt auf fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse vorgenommen werden dürfen, und plädiere dafür, dass nun zuerst einmal die Ergebnisse der besagten Studie ausgewertet werden; mitbezahlt haben wir sie ja schon. Die Zeiten von Winkelried sind vorbei, und dieser «Schnellschuss» bringt unserem Kanton Nidwalden nur unnötige zusätzliche Kosten, die wir uns nicht leisten können.

Es gilt deshalb, am 8. März Nein zu sagen zu dieser Volksinitiative.

ROLF FRÜH, HERGISWIL

# Hitzige Diskussion um Fremdsprachen-Frage

**NIDWALDEN** Französisch soll in der Primarschule bleiben. Die FDP lehnt die Initiative der SVP ab. Aber nicht diskussionslos.

MATTHIAS PIAZZA  
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch

Mit 32 zu 10 Stimmen verwarfen die rund 50 anwesenden Mitglieder der FDP Nidwalden am Donnerstagabend die kantonale Volksinitiative zur Teilrevision des Volksschulgesetzes. Das von der SVP lancierte Begehren will unter anderem nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule. Das würde wohl bedeuten, dass Französisch nicht mehr ab der fünften Primarklasse, sondern erst in der Orientierungsstufe unterrichtet wird. Englisch würde wie bisher in der dritten Primarklasse starten. Die Regierung empfiehlt, die Initiative am 8. März anzunehmen, der Landrat spricht sich klar für ein Nein aus.

Die FDP diskutierte die Fremdspracheninitiative ausgiebig. Zu Beginn sprach sich Lea Lowth-Stöckli, Präsidentin des Nidwaldner Lehrerinnen- und Lehrerverbands (LVN), gegen die «Verbannung» von Französisch aus und warnte vor einem Al-

leingang. «Es muss mindestens eine zentralschweizerische oder noch besser eine deutschschweizerisch koordinierte und harmonisierte Lösung geben.» Auch befürchtet sie bei einem Ja zur Initiative eine weitere Umstellung in wenigen Jahren, da der Dachverband der Schweizer Lehrer und Bundesrat Alain Berset eine Landessprache forderten, falls nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet werde. Zudem würden Probleme verschoben. «Die Pubertät ist ein ungünstiger Zeitpunkt, um

len wir wirklich eine Insellösung?», fragte jemand rhetorisch. Man solle sich bitte mit anderen Kantonen absprechen. Rechnen, lesen und schreiben zu können bringe mehr, als zu wissen, wie man auf Französisch eine Briefmarke kaufe, hielt ein anderer Redner entgegen. «Wenn man den Lektionenfächer derart weit öffnet, hat man keine Gelegenheit, überall eine gewisse Tiefe zu erreichen.»

## Defizite in Rechnen und Deutsch

FDP-Regierungsrätin Yvonne von Deschwanden gab sich schwer überzeugt, dass Nidwalden mit der Initiative den richtigen Weg beschreitet. Damit stärke man die übrigen Fächer, was einem Wunsch des Gewerbes entspreche, welches sich immer wieder beklage, dass die Schüler Rechnen und Deutsch nicht mehr beherrschten.

Parteipräsident Ruedi Waser bekundete Mühe mit derartigen Schwarz-Weiss-Aussagen und hielt fest, dass die Zahl der Lehrabbrüche in den vergangenen Jahren nicht zugenommen habe und entsprechend diese Aussage nichts als eine Behauptung sei. Die Schüler könnten die erheblich erhöhten Anforderungen in verschiedenen Berufen erfüllen. Also könne der aktuelle Unterricht nicht so schlecht sein.

Einstimmig lehnte die FDP Nidwalden die beiden nationalen Volksinitiativen «Energie- statt Mehrwertsteuer» und die Familieninitiative der CVP ab. Damit folgt sie der nationalen Partei.

**«Es muss mindestens eine zentral-schweizerische Lösung geben.»**

LEA LOWTH-STÖCKLI,  
PRÄSIDENTIN LEHRERVERBAND

mit dem Französisch zu starten. Und mehr Französischlektionen in der Orientierungsstufe sind vor allem für sprachschwache Schüler frustrierend.» Darum hätten sich die Nidwaldner Lehrpersonen gegen einen Schnellschuss ausgesprochen.

## Gegen Insellösung

Das Plädoyer führte in der Versammlung zu angeregten Diskussionen. «Wol-



Lisa Chuma, Gründerin der Frauenmesse, während ihres Vortrags in der Kantonsschule Obwalden.

Bild Adrian Venetz

# Eindrückliches Zeichen gesetzt

**SARNEN** Die Simbaberin Lisa Chuma motivierte gestern Kantonsschüler: Sie sollen sich Ziele setzen und ihre Träume leben.

«Das Leben bessert sich durch Veränderungen und nicht alleine durch Chancen.» Lisa Chuma, Gründerin der Frauenmesse, spricht aus Erfahrung, denn ihr ganzes Leben ist von Veränderungen geprägt. Mit diesen Worten startete sie gestern an der Kantonsschule Obwalden ihre Präsentation, die auf Initiative von Prorektor Thomas Peter zu Stande kam. Die engagierte Unternehmerin und dreifache Mutter wurde in Zimbabwe geboren, studierte Wirtschaft in England und hat sich nun mit ihrer Familie in der Schweiz niedergelassen. An Erzählstoff mangelt es der 30-jährigen Selfmade-Unternehmerin nicht. Mit ihren Lebenserfahrungen möchte sie die Schülerinnen und Schüler inspirieren und

motivieren. «Es ist wichtig, etwas zu verändern im Leben: sich Ziele zu setzen und diese auch zu erreichen.»

## Von Frauen unterstützt

In Simbabwe hat Lisa Chuma früh im Leben erfahren, was Veränderung heisst. Ihre Mutter, ein Opfer von häuslicher Gewalt, wollte ihre vierjährige Tochter und sich schützen, brach aus der von Gewalt geprägten Ehe aus und zog ihre Tochter alleine gross. Trotz Geldsorgen stand die Ausbildung der Tochter immer an erster Stelle bei der alleinerziehenden Krankenschwester. Während ihre Mutter arbeitete, schauten ihre Freundinnen zu dem kleinen, wissbegierigen Mädchen, das so schon früh von weiblichen Vorbildern geprägt wurde. Ihr ganzes Leben lang seien es Frauen gewesen, die ihr zur Seite standen und sie unterstützt haben, erzählt Lisa Chuma. Darum möchte sie heute den Frauen mit ihrem Engagement und der Gründung der Frauenmesse etwas zurückgeben.

Mit 16 Jahren zeichnete ein weiterer Wechsel das Leben der jungen Simbaberin: Mit ihrer Mutter zog sie nach England – ein Kulturschock zum Dritt-

weltland Simbabwe. So viele Lichter, so viel Essen und so viele Möglichkeiten: Der erste Eindruck von Europa sei wunderbar gewesen, erinnerte sich Lisa Chuma. Mit 21 Jahren schloss sie bereits ihr Wirtschaftsstudium ab.

## Mutter und Unternehmerin

Seit einigen Jahren wohnt Lisa Chuma mit ihrer Familie in der Schweiz und setzt mit ihrem Engagement für die Frauen ihre Vision von Unabhängigkeit um. Mit der Women's Expo Switzerland (Frauenmesse Schweiz) bietet sie Frauen und ihren Unternehmen eine Plattform, auf der sie sich öffentlich vorstellen und auf diese Weise Wachstum, Kontakte und Erfolg fördern können.

Der Spagat zwischen Familie und Business sei zwar nicht immer einfach, besonders wenn man mit Landessprache und Kultur noch nicht so vertraut sei, sie rate aber jeder jungen Unternehmerin dazu. Denn sie sei selber nichts mehr als eine Frau, die versucht, ihren Anteil beizutragen, um die Welt ein wenig besser zu machen.

ANNA BURCH  
redaktion@obwaldnerzeitung.ch